

## Konrad Adenauer und Thomas Dehler – Neue Quellen zu ihrem politischen und persönlichen Verhältnis

Das Verhältnis zwischen Konrad Adenauer und Thomas Dehler zählt zu den großen Beziehungsdramen der Bonner Republik. Dehler, 1949 einer der jüngsten Minister im Kabinett, hatte den greisen Kanzler respektiert und bewundert, dessen Politik gegen Freund und Feind verteidigt, in seiner temperamentvollen Art aber auch so viel Flurschaden angerichtet, dass er 1953 nicht wieder in die Regierung berufen wurde. Mit Dehlers Wechsel an die Spitze der FDP-Bundestagsfraktion und der Übernahme des Parteivorsitzes kühlte sich das Verhältnis rasch ab. Enttäuschung schlug um in Erbitterung, Erbitterung in offene Feindschaft. Schon damals neigten Kommentatoren dazu, die menschlichen Zerwürfnisse als eigentliche Ursache der Regierungskrise von 1955/56 hervorzuheben,<sup>1</sup> und Dehler selbst hat solche Deutungen später noch gestützt, als er im Zusammenhang mit Adenauer von „verletzte[r] Liebe“<sup>2</sup> sprach.<sup>3</sup>

In welchem Ausmaß diese persönlichen Motive die Arbeitsbeziehungen belasteten, ob und wie sie sogar zum endgültigen Bruch der Koalition beigetragen haben, ist naturgemäß schwer zu bestimmen. Auch wenn die Korrespondenz Adenauers mit Dehler bisweilen einen überaus scharfen Tonfall aufweist, dokumentiert sie in erster Linie doch ihre sachliche Entfremdung, zeigt also, wie es ihnen zusehends schwerer fiel, sich über die Prämissen und Methoden der gemeinsamen Politik zu verständigen. Nun allerdings liegt eine neue, in ihrer Art einmalige Quelle vor, die den Konflikt noch einmal neu beleuchtet und insbesondere auch seine persönliche Dimension akzentuiert.

- 1 „Lange Jahre mochte er [Dehler] erwartet haben, der Kanzler stecke ihm zur Belohnung für treue Ritter- und Knappendienste eines Tages die blaue Blume, die er zeit seines Lebens gesucht, ins Knopfloch des höchst zivilen Bürgerrocks. Doch es kam, wie es kommen mußte: zuletzt reichte ihm der harte Altmeister eine schnöde Distel.“ Stefan Brant: Romantiker der Politik, in: *Welt am Sonntag* vom 4.12.1955.
- 2 Günter Gaus: Was bleibt, sind Fragen. Die klassischen Interviews. Berlin 2005, S. 107 (Interview vom 2.10.1963).
- 3 Den Forschungsstand zu den politischen wie persönlichen Beziehungen zwischen Adenauer und Dehler bilden Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*. Stuttgart 1991, S. 113 f., 249-264; Udo Wengst: *Thomas Dehler 1897-1967. Eine Biographie*. München 1997, S. 131-137.

Es handelt sich um die Tonbandaufzeichnungen dreier Koalitionsbesprechungen, die am 6., 7. und 13. Dezember 1955 im Kabinetssaal des Bonner Kanzleramts stattgefunden haben. Noch bis vor kurzem fielen die im Bundesarchiv Koblenz verwahrten Bänder<sup>4</sup> unter die Bestimmungen der Verchlusssachenanweisung (VSA) des Bundes und waren der wissenschaftlichen Benutzung daher nicht zugänglich. Demnächst werden sie jedoch im neuen Band der „Rhöndorfer Ausgabe“ erscheinen, die im Auftrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus von den Adenauer-Experten Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz herausgegeben wird.<sup>5</sup>

Der folgende Beitrag beschreibt die Charakteristika der Tonbandprotokolle und umreißt ihren Wert für die künftige Forschung. Dafür ist erstens (I) der koalitionsinterne „Briefkrieg“<sup>6</sup> des Jahres 1955 nachzuzeichnen, der die Gespräche unmittelbar veranlasste und ihre Richtung bestimmte. Der zweite Teil (II) schildert dann den Ablauf der einzelnen Sitzungen selbst, wobei der umfangreiche Quellenkorpus – die Manuskriptfassung der Protokolle umfasst 200 Seiten – nur auf einige Grundtendenzen hin befragt werden kann. Somit gilt das Interesse der spezifischen Form der Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Dehler, ihren Gesprächsstrategien und den daraus ableitbaren politischen Absichten. Eine solche Betrachtungsweise bietet sich deshalb an, weil die Tonbänder einen viel unmittelbaren Eindruck von der Atmosphäre der Gespräche vermitteln, als man das von den übrigen Gremiensitzungen der Adenauer-Ära her kennt, für die nur schriftliche Überlieferungen vorliegen. Bei der wissenschaftlichen Erfassung stellen sich damit aber auch besondere Herausforderungen, die in einem abschließenden Kapitel über die gewählten Editionsriterien erörtert werden sollen (III).

## I

Die Koalitionsbesprechungen, die das politische Tagesgespräch in Bonn bald beherrschen sollten, standen am Ende eines turbulenten Jahres, das die Vertrauensbasis zwischen Adenauer und Dehler endgültig zerstörte. Schon durch die Umstände des Ministersturzes von 1953 war das persönliche

4 Die Tonbänder sind Teil des Bestandes Bundeskanzleramt im Bundesarchiv Koblenz (BA), wo sie in digitalisierter Form abgehört werden können. Vgl. BA, B136 Ton-004743-035-041.

5 Vgl. Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. 18 Bde. Berlin 1983ff., Paderborn 2000ff. Unter dem Arbeitstitel „Adenauer und die FDP“ versammelt das Editionsprojekt Dokumente zur Koalitionspolitik von 1949 bis 1963. Die hier vorgestellten Gespräche sind nur ein – allerdings zentraler – Teil des Quellenkorpus. Der Verfasser dieses Beitrags ist Bearbeiter des Bandes.

6 Der Ausdruck stammt von Dehler selbst. Vgl. Thomas Dehler: „Schluß mit dem Briefkrieg!“, in: Süddeutsche Zeitung vom 3./4.12.1955.

Verhältnis in Mitleidenschaft gezogen worden. Mit der Berufung des streitbaren Franken an die Spitze der FDP-Fraktion verband sich zudem ein deutliches Signal, das liberale Profil in der Koalition zu schärfen. Als Dehler am 28.10.1953 im Bundestag erklärte, er trete nun „zum erstenmal als völlig freier Mann“, als „wirklich ‚Freier Demokrat‘“<sup>7</sup> ans Podium, war das durchaus auch eine Warnung in Richtung der Regierungsbank.

Der endgültige Bruch mit Adenauer, so hat Dehler später selbst bekannt,<sup>8</sup> nahm seinen Anfang im Streit um das Saarstatut. Ende Februar 1955, bei der dritten Lesung der Pariser Verträge, ließ sich der Kanzler zu einer barschen Kritik an dem FDP-Abgeordneten Max Becker hinreißen,<sup>9</sup> auf die Dehler mit einer – in den Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone – „tolle[n] Rede“ antwortete: „Als wenn er krank wäre.“<sup>10</sup> Die harten, verletzenden Worte, die damals im Plenum fielen, hinterließen empfindliche Störungen in der weiteren Koalitionsarbeit. So verkündete Adenauer zunächst rundweg seine Absicht, den FDP-Chef nicht mehr zu vertraulichen Besprechungen hinzuzuziehen.<sup>11</sup> Dehler empfand das als „bewußte Kränkung“ und wies den Kanzler auf die Notwendigkeit hin, „daß Sie alle schwebenden Fragen ohne Vorbehalt mit mir besprechen.“<sup>12</sup> Obwohl die beiden Politiker in den folgenden Monaten noch mehrfach miteinander sprachen, und zwar sowohl im größeren Kreis als auch unter vier Augen,<sup>13</sup> war ihre Kommunikation doch offensichtlich gestört, was schon daraus hervorgeht, dass die außen- und deutschlandpolitischen Grundsatzkonflikte immer häufiger auf schriftlichem Wege ausgetragen wurden. Hierfür spielte sich im Laufe des Jahres 1955 eine Art typisches Grundmuster ein: Zuerst absolvierte Dehler einen öffentlichen Auftritt, in der Regel auf einem Parteitag oder

7 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953. Stenographische Berichte. Bd. 18. 4. Sitzung vom 28.10.1953, S. 51B-61D, hier S. 51B.

8 Vgl. Gaus: Interviews (wie Anm. 2), S. 106.

9 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode 1953. Stenographische Berichte. Bd. 23. 70. Sitzung vom 25.2.1955, S. 3690B-3292C. Becker hatte zuvor gegen das Saarstatut gesprochen. Vgl. ebd., S. 3684D-3690A.

10 Heinrich Krone: Tagebücher. Erster Band: 1945-1961. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 1995, 27.2.1955, S. 164. Zu der betreffenden Rede Dehlers vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 9), S. 3899C-3913A.

11 Vgl. sein Schreiben an Dehler vom 15.3.1955, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1953-1955. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1995, Nr. 221, S. 254-255.

12 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 17.3.1955, Archiv des Liberalismus Gummersbach (AdL), Nachlass (NL) Dehler, N1-2219.

13 Folgende Termine Adenauer-Dehler sind bis Dezember 1955 nachweisbar: vier Gespräche unter vier Augen (21.3., 23.6., 5.7. und 29.8.1955), zwei Gespräche in Anwesenheit weiterer FDP-Politiker (21.3. und 7.7.1955), drei Gespräche mit Vertretern der Koalitionsfraktionen (6.5., 26.5. und 27.5.1955) sowie zwei Sitzungen mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen (2.9. und 15.9.1955). Vgl. Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (StBKAH), 04.06 (Besucherlisten des Bundeskanzlers).

einer Wahlveranstaltung der FDP, bei dem kritische Worte über den Bundeskanzler und seine Politik fielen. Daraufhin von Adenauer schriftlich zur Rede gestellt, verwies er auf die irreführende Berichterstattung und gab an, von der Presse unvollständig oder falsch zitiert worden zu sein. Schließlich wurde der Vorgang zu den Akten gelegt, war damit allerdings keineswegs bereinigt, wie sich später in den Koalitionsbesprechungen zeigen sollte, als über den Wortlaut und die Auslegung von Reden gestritten wurde, die zum Teil mehrere Monate zurücklagen.

Es scheinen vor allem drei Dehler-Reden gewesen zu sein, die Adenauer zu der Ansicht gelangen ließen, eine Entscheidung im Koalitionskonflikt suchen zu müssen. Am 25.3.1955 sprach der FDP-Vorsitzende auf dem Bundesparteitag in Oldenburg folgenden Satz: „Es ist eine der großen Fehlentwicklungen, daß es nicht gelungen ist, eine gemeinsame deutsche Außenpolitik zu treiben. Da kann man Schumacher, da kann man die SPD anklagen – aber, meine Damen und Herren, verantwortlich dafür ist derjenige, der die Aufgabe hat, die Außenpolitik zu treiben.“ Adenauer, der über eine stenographische Mitschrift der Rede verfügte,<sup>14</sup> beschwerte sich bei Dehler über diesen „nicht qualifizierbar[en]“ Vorwurf, den er als „Versuch“ wertete, „mein Ansehen auf das schwerste zu schädigen“.<sup>15</sup> Selbst das überraschend bedächtig formulierte Antwortschreiben, das mit „der Versicherung meiner Verehrung – das ist kein leeres Wort“<sup>16</sup> schloss, konnte ihn hiervon anscheinend nicht abbringen.<sup>17</sup>

Am 24. September 1955 hielt Dehler eine Rede auf dem Landesparteitag der niedersächsischen FDP in Uelzen, aus der die großen Tageszeitungen, aber auch der FDP-Pressedienst die Worte zitierten, es gäbe „keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge“.<sup>18</sup> Adenauer zeigte sich äußerst alarmiert, da er jegliche Irritationen bei den westlichen Verbündeten, zumal vor der anstehenden Genfer Außenministerkonferenz, zu vermeiden wünschte. Da Außenminister Heinrich von Brentano gerade in New York weilte, um mit seinen Amtskollegen die Konferenzstrategie abzustimmen,

14 Der 30seitige Text ist überliefert in StBKAH 12.33. Zudem hatte der Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Werner von Lojewski, einen ausführlichen Bericht über den Parteitag angefertigt. Vgl. ebd.

15 Alle Zitate aus dem Schreiben Adenauers an Dehler vom 1.4.1955, in: Briefe 1953-1955 (wie Anm. 11), Nr. 227, S. 259 f.

16 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 7.4.1955, StBKAH 12.33.

17 In den späteren Konfrontationen hielt Adenauer an seiner Deutung der Oldenburger Rede unverändert fest. Vgl. Wortprotokoll der Koalitionsbesprechung vom 6.5.1955 im Bundeskanzleramt, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), NL Globke, 01-070, 002/02, sowie BA-Ton-004743-036, 36:54-40:50 (6.12.1955); B136-Ton-004743-041, 30:27-33:10 (13.12.1955).

18 Vgl. Die Welt vom 26.9.1955: „Dehler: Keine Einheit auf Grundlage der Pariser Verträge“; Freie Demokratische Korrespondenz vom 26.9.1955: „Dehler: ‚Keine Einheit auf der Grundlage der Pariser Verträge‘“.

verlangte Adenauer von Dehler umgehend eine förmliche Billigung seiner Außenpolitik durch die FDP-Bundestagsfraktion,<sup>19</sup> die er – nach einigem Hin und Her – auch erhielt.<sup>20</sup> Obwohl Dehler dem Kanzler in der Sache Folge leistete, erkannte er dessen Interpretation, die Uelzener Rede hätte Zweifel an der Vertragstreue der Bundesrepublik geschürt, nicht an. Er ließ sogar vor Journalisten eine Tonbandaufnahme der Rede abspielen, um zu beweisen, dass der fragliche Satz nur die gesamtdeutsche Gültigkeit der Verträge problematisiert hätte („Es gibt keine deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge für Gesamtdeutschland“), demnach also unvollständig wiedergegeben worden sei.<sup>21</sup> Aber auch hiermit bewegte er sich fernab von der Linie des Bundeskanzlers, der ja schon in den Verhandlungen über den ursprünglichen Deutschlandvertrag für eine wechselseitige Bindungspflicht eingetreten war,<sup>22</sup> und es verwundert nicht, dass Adenauer später bemerkt hat, die Bandaufnahme sei „viel schlimmer als das, was in der Zeitung gestanden hat“.<sup>23</sup>

Was die Koalitionskrise schließlich eskalieren ließ, war – unter anderem – die dritte der hier aufgeführten Reden, die Dehler am 19. November anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des FDP-Kreisverbandes in Mülheim an der Ruhr hielt. Seiner Enttäuschung über das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz Ausdruck verleihend, warf er der Bonner Beobachterdelegation vor, sich nicht ausreichend für Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage eingesetzt zu haben. Nun müsse über diese „Schicksalsfrage“ der Deutschen mit den Sowjets direkt verhandelt werden, was allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg habe, „wenn man hinsichtlich der Pariser Verträge zu ‚gewissen Variationen‘ bereit sei, wie sie im Vertragswerk vorgesehen seien“.<sup>24</sup>

Adenauer befand sich damals am Ende einer mehrwöchigen Krankheitsphase, die ihm Gelegenheit gegeben hatte, das Koalitionsverhältnis in der Abgeschiedenheit seines Wohnhauses einmal grundsätzlich zu durchdenken. Am 21. November, zwei Tage nach der Mülheimer Rede, beriet er sich abends in Rhöndorf mit Kanzleramtschef Hans Globke, Heinrich Krone und Heinrich von Brentano über das weitere Vorgehen.<sup>25</sup> Hierbei einigte man sich auf den

19 Vgl. sein Schreiben an Dehler vom 26.9.1955, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Briefe 1955-57. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1998, Nr. 25, S. 63-64.

20 Die Fraktion fasste den gewünschten Beschluss am 28.9.1955. Vgl. AdL, NL Mischnick, A40-730; ferner das Schreiben Dehlers an Adenauer vom gleichen Tag, StBKAH III/116.

21 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29.9.1955: „Dehler stellt Uelzener Rede richtig“; Rheinische Post vom 29.9.1955: „Dehler läßt das Tonband sprechen“.

22 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952. München 1986, S. 889 f.

23 BA, B136 Ton-004743-035, 01:03:33-01:03:35 (6.12.1955).

24 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.11.1955: „Variationen der Verträge“. Eine durch den FDP-Kreisverband Mülheim/Ruhr angefertigte Mitschrift dieser Rede hat sich erhalten in AdL, NL Dehler, N1-2681.

25 Vgl. Krone, Tagebücher (wie Anm. 10), 21./22.11.1955, S. 194.

Entwurf eines Schreibens an Dehler als Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, das vordergründig dazu dienen sollte, die Streitfragen vor der außenpolitischen Parlamentsaussprache am 2. Dezember zu bereinigen. Dieser lange Brief enthielt im Kern zwei Fragen, von denen sich die erste auf die Haltung der FDP zur Außenpolitik der Bundesregierung und zu den Pariser Verträgen bezog, letztlich also eine Wiederholung der Beschlussforderung darstellte, die Adenauer schon nach der Uelzener Rede verlangt und erhalten hatte. Die zweite Frage war explosiveren Zuschnitts, lief sie doch auf eine Garantieerklärung hinaus, „bis zum Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode im Jahre 1957 so zur Koalition zu stehen und in wichtigen Fragen mit den anderen Koalitionspartnern gemeinsam vorzugehen, daß eine agitatorische Auseinandersetzung über die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien bei den Bundestagswahlen 1957 ausgeschlossen wird.“ Abschließend stellte Adenauer den Fortbestand des Regierungsbündnisses offen zur Disposition: „Es ist besser für Deutschland, in die Bundestags-Diskussion [am 2.12.1955] mit einer verkleinerten, aber in sich geschlossenen Mehrheit hineinzugehen, als mit einer Koalition, die in Wirklichkeit keine Koalition mehr ist.“<sup>26</sup>

Offenbar verfolgte er nun das Ziel, die Position Dehlers – der ja auch in seiner eigenen Partei stark polarisierte – weiter zu schwächen. An einer Deeskalation des Konflikts war er zu diesem Zeitpunkt nicht interessiert. So erhielt Heinrich von Brentano, der Dehler zusammen mit den FDP-Politikern Erich Mende und August Martin Euler am 24. November kurzfristig die Gelegenheit zum klärenden Gespräch eingeräumt hatte, vom Kanzler einen empfindlichen Tadel, da hierdurch der „Ausschlag dafür gegeben“ worden sei, „daß eine Anzahl unsicherer Mitglieder der FDP nunmehr auf seine [Dehlers] Seite getreten sind und daß Herr Dehler, der mit seinem Rücktritt rechnete, nicht zurückgetreten [ist].“<sup>27</sup> Worauf Adenauer hier anspielte, war ein missglückter Versuch Eulers, einen Wechsel an der Spitze der Bundestagsfraktion herbeizuführen – das geplante Misstrauensvotum war in der Sitzung vom 29. November gar nicht erst zur Abstimmung gestellt worden.<sup>28</sup> Die Ursachen hierfür lagen allerdings nicht in der (relativ folgenlosen) Intervention des Bundesaußenministers, sondern im harten, ultimativen Tonfall des Kanzler-Schreibens vom 22. November, das die Liberalen als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten ablehnten. Vor diesem Hintergrund blieb den Gegnern Dehlers keine andere Möglichkeit, als die Stellung des Vorsitzenden vorerst zu stabilisieren. Mit einem einstimmigen

26 Alle Zitate: Schreiben Adenauers an Dehler vom 22.11.1955, in: Briefe 1955-1957 (wie Anm. 19), Nr. 57, S. 94-96, hier S. 95 f.

27 Schreiben Adenauers an von Brentano vom 6.12.1955, in: Ebd., Nr. 71, S. 106-107, hier S. 107.

28 Vgl. Vermerk „betr. Sitzung der Bundestagsfraktion der FDP vom 29. November 1955“, StBKAH 12.33.

Fraktionsbeschluss<sup>29</sup> im Rücken teilte Dehler dem Bundeskanzler am 29. November mit, seine Forderung an die FDP berühre „die Grundsätze unserer Demokratie, der Verfassung und des Wesens einer Koalition. Die Fraktion der Freien Demokraten hält es nicht für angängig, diese Probleme in einem Briefwechsel zu erörtern, der in diesen Formen unter Koalitionspartnern nicht üblich ist. Ein Gespräch ist von meiner Fraktion bei Ihnen wiederholt angeregt worden. Sie wiederholt diese Anregung.“<sup>30</sup> Dem Wunsch nach einer mündlichen Aussprache, die ihm auch schon Bundespräsident Theodor Heuss nahegelegt hatte,<sup>31</sup> konnte sich Adenauer nun nicht mehr entziehen.

## II

Die Koalitionsbesprechungen fanden über zwei Wochen verteilt statt, zunächst am Dienstag und Mittwoch, 6. und 7. Dezember, dann noch einmal am Dienstag, 13. Dezember 1955. Der Kreis, der im großen Kabinetssaal des Palais Schaumburg tagte, bestand aus den Spitzen der Koalitionsfraktionen, Kabinettsvertretern und Beamten des Kanzleramtes.<sup>32</sup> Während man in der ersten Sitzung fast dreieinhalb Stunden diskutierte, nahmen die darauffolgenden Termine nur noch knapp bzw. etwas mehr als zwei Stunden in Anspruch.

Als die Teilnehmer das erste Mal zusammentraten, saßen nicht nur Parlamentsstenographen bereit,<sup>33</sup> es waren auch Mikrophone installiert, um die Besprechung aufzuzeichnen. Adenauer begründete diese außerordentliche Maßnahme damit, dass „ich doch unsere heutige Zusammenkunft für so entscheidend wichtig halte, daß es richtig ist, wenn sie mitgeschrieben wird.“<sup>34</sup>

29 Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 29.11.1955, AdL, NL Mischnick, A40-30.

30 Schreiben Dehlers an Adenauer vom 29.11.1955, StBKAH 12.33.

31 In einem Gespräch in Rhöndorf am 26.11.1955. Vgl. Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Konrad Adenauer. Theodor Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren. Bearb. v. Hans Peter Mensing. Berlin 1997, Nr. 45, S. 186 f.

32 Für die CDU nahmen teil: Konrad Adenauer, Adolf Cillien, Heinrich Krone, Will Rasner; CSU: Werner Dollinger, Richard Jaeger, Franz Josef Strauß (am 13.12.1955), Richard Stücklen; FDP: Thomas Dehler, Martin Blank, August Martin Euler, Erich Mende, Hermann Schäfer, Ludwig Schneider; DP: Ernst-Christoph Brähler, Hans-Joachim von Merkatz, Herbert Schneider; Kanzleramt: Hans Globke, Hans Kilb.

33 Der Stenoblock ist zusammen mit den Durchschlägen der Sitzungsprotokolle vom 6. und 7.12.1955 im Nachlass Hans Globkes überliefert. Vgl. ACDP, NL Globke, 01-07-002/2. Ob die Protokolle anhand der Notizen und/oder der Tonbänder entstanden, ist nicht eindeutig feststellbar.

34 BA, B136 Ton-004743-035, 00:08-00:16 (6.12.1955).

Wenn er auch vordergründig den Wunsch nach einer transparenten Vorgehensweise geltend machte,<sup>35</sup> dürfte die dahinterstehende Absicht aber doch darin bestanden haben, die Widersprüche in Dehlers Argumentation vor allen Koalitionspartnern offenzulegen. Von Beginn an führte Adenauer das Gespräch ausnehmend konfrontativ. In den ersten zwanzig Minuten entfalte er eines jener außen- und innenpolitischen Krisenpanoramen, die er in Gremiensitzungen gern anführte, um den Gefolgschaftsdruck für seine Politik zu erhöhen. Dehlers Auftritte, die das „größte Mißtrauen“<sup>36</sup> des Auslandes hervorriefen, erschienen so als Gefährdung der außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik. Hierzu passt auch, dass er das gängige Bild von Dehler als Opfer seiner unkontrollierbaren Leidenschaften in Abrede stellte: „Sie sind ein sehr zielbewußter Politiker, und Sie haben eine sehr zielbewußte politische Linie, und diese Linie verfolgen Sie mit der größten Konsequenz, und diese Linie macht uns sehr schwere Sorgen.“<sup>37</sup>

Nach dieser Eröffnung erschöpfte sich die Sitzung vornehmlich im Streit um die Dehler-Reden der letzten Monate, unter anderem auch jene in Oldenburg, Uelzen und Mülheim an der Ruhr. Für die Wiedergabe der kontroversen Passagen konnte sich Adenauer auf eine Sammlung von Zeitungsartikeln, Agenturmeldungen und Pressediensten stützen, durch die er den Nachweis über eine systematische Obstruktion des FDP-Vorsitzenden führen wollte, eine „gewollte Unsicherheit“<sup>38</sup> seiner Äußerungen, die in der Summe auf die Abkehr von der bisherigen Koalition und eine Annäherung an die SPD hinausliefen. Mehrfach hob Adenauer hervor, den Konflikt unter rein sachlichen Gesichtspunkten zu betrachten: „Menschlich will ich Ihnen gar nichts, dem Politiker Dehler will ich viel.“<sup>39</sup> Dass aber auch bei ihm persönliche Betroffenheit eine Rolle spielte, konnte er nicht immer verbergen: „Sie leben von fortgesetzten Angriffen auf mich. Sie leben von fortgesetzten Angriffen auf meine Partei. [...] Können wir uns das denn gefallen lassen auf die Dauer? Ich lasse es mir nicht gefallen. Und ich lasse [es] mir auch nicht gefallen, Herr Dehler, das sage ich Ihnen mit größtem Nachdruck, daß ich von dem Vorsitzenden einer Koalitionspartei ständig und überall angegriffen werde. Das sage ich Ihnen in aller Kraßheit, das mache ich nicht mehr mit [...] – das versichere ich Ihnen, und soweit müssen Sie mich kennen, Herr Dehler – das mache ich nicht mehr mit!“<sup>40</sup>

35 In diesem Sinne sollte die Bandaufnahme zur Kontrolle der Mitschriften angefertigt werden. Zudem sicherte Adenauer den Teilnehmern der Sitzung ein Exemplar des Protokolls zu. Vgl. ebd., 00:17-00:25, 00:37-00:50.

36 Ebd., 23:56-23:57.

37 Ebd., 24:56-25:30.

38 Ebd., 56:06-56:08.

39 Ebd., 24:11-24:20.

40 Ebd., 56:55-58:10.

Dehler, von dem aggressiven Gesprächsauftritt anscheinend überrascht, beschränkte sich zunächst darauf, die Seriosität der angeführten Belege anzuzweifeln („ein falscher Bericht, ein animoser, bössartiger Bericht“),<sup>41</sup> was ja auch seiner Haltung in den früheren Briefwechseln entsprach. Gelegenheiten, seine außen- und deutschlandpolitischen Auffassungen im Zusammenhang darzulegen, erhielt er kaum, da Adenauer kein Interesse daran besaß, hierüber eine Grundsatzdiskussion zu führen. Wo das Gespräch die Thematik der Pariser Verträge allerdings doch berührte, zeigt sich auf erhellende Art und Weise, wie sehr man sich vorrangig um die Bedeutung von Worten und ihre Außenwirkung stritt. Beide Parteien stimmten im Grundsatz überein, dass die Wiedervereinigung nur dann zu erreichen sei, wenn sie in eine gesamteuropäische Sicherheitskonstruktion eingebettet werden würde.<sup>42</sup> Der in Uelzen gesprochene Satz, man müsse die Verträge dergestalt variieren, „daß sie tolerabel werden für die Russen“,<sup>43</sup> erschien Adenauer jedoch absolut untragbar,<sup>44</sup> obwohl Dehler noch mehrfach erklärte, er habe die Variation immer nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, nie als ihre Voraussetzung verstanden.<sup>45</sup> Welche Reaktionen diese Begriffe im Ausland auslösten, welcher Deutung sie eigentlich unterlagen, darüber konnten die beiden Politiker keine Einigkeit erzielen. Ihre Debatte hierüber war von einer geradezu bezeichnenden Sprachlosigkeit („Dehler: Sie dramatisieren, Herr Bundeskanzler! Adenauer: Nein, ich dramatisiere nicht!“<sup>46</sup> „Dehler: Ach, übertreiben Sie doch nicht so, Herr Bundeskanzler. [...] Was ist denn das anders? [...] Das sagen Sie doch nur mit eigenen Worten!“<sup>47</sup> In der zweiten Koalitionsrunde vom 7. Dezember war Dehler auf die Fortführung der Auseinandersetzung besser vorbereitet. Anders als am Vortag erhielt er dieses Mal die Gelegenheit für eine ausführliche Stellungnahme, in der er nicht nur die politischen Aspekte des Konflikts thematisierte, sondern auch dessen persönliche Dimension, die Adenauer ja strikt geleugnet hatte: „Ich muß schon sagen“, so führte er aus, „ich war doch tief beeindruckt, Herr Bundeskanzler, von diesem Maß – – Maß des Grolls und der Ablehnung und der Vorurteile gegen mich [...], daß man mir die persönliche Lauterkeit abspricht, daß man mir vorwirft, doppelzüngig zu sein, menschlich

41 Ebd., 51:48-51:50.

42 Vgl. ebd., 32:26-32:50.

43 Auszug aus der Uelzener Rede Dehlers vom 24.9.1955, StBKAH 12.33. Adenauer bezog sich hier übrigens auf die von Dehler richtiggestellte Fassung der Rede. Vgl. Anm. 21 und 23.

44 Vgl. BA, B136 Ton-004743-037, 30:42-30:45, 33:08-33:10 (6.12.1955).

45 Vgl. BA, B136 Ton-004743-035, 01:01:11-01:01:16 (6.12.1955); BA, B136-Ton-004743-038, 27:57-28:13 (7.12.1955); BA, B136-Ton-004743-040, 54:08-54:18 (13.12.1955).

46 BA, B136 Ton-004743-037, 30:49-30:51 (6.12.1955).

47 Ebd., 33:10-33:25.

nicht zuverlässig zu sein.<sup>48</sup> Ferner beschwerte er sich „über die Methode, über die Art, mit der Sie glauben, innerhalb einer Koalition operieren zu können. Also, das sind Methoden aus der Renaissance-Zeit, aber nicht Methoden, wie ich mir eine Demokratie vorstelle.“<sup>49</sup>

Damit war die Tonlage für das weitere Gespräch vorgegeben. Dehler verlangte vom Bundeskanzler eine programmatische Aussage über die Deutschlandpolitik („Wie stellen Sie sich die Wiedervereinigung vor?“),<sup>50</sup> Adenauer wiederum lehnte es ab, „diese Frage hier zu beantworten.“<sup>51</sup> Sachpolitisch hatte die Diskussion damit rasch erneut einen toten Punkt erreicht:

Dehler: Ja, wenn wir darüber keine Einigung haben, dann wird es auch keinen Sinn haben – – wird keine Möglichkeit bestehen, daß wir uns verständigen. Das ist doch die Voraussetzung.

Adenauer: Dann verständigen wir uns eben nicht.

Dehler: Ja, bitte.<sup>52</sup>

Umso deutlicher trat dafür Adenauers Absicht hervor, Dehler gegenüber den anderen FDP-Vertretern zu isolieren. Schon am Tag zuvor hatte er in erster Linie Erich Mende angesprochen, um das Bekenntnis zur Fortführung der Koalition einzuholen.<sup>53</sup> Dieser bekräftigte nun den Willen zur politischen Kooperation, auch zur besseren Abstimmung mit der CDU/CSU-Fraktion (im Sinne der „materiellen Garantien“), zog aber eine klare Grenze zum Feld der Personalpolitik („personelle Garantien“), in die man sich jegliche Einmischung von außen verbat: „Das ist selbstverständlich keiner Partei zuzumuten, daß sie von einer anderen Partei oder einer Koalition sich personelle Garantien abverlangen läßt. Das würde das Ende der Selbstachtung dieser Partei und auch das Ende des Ansehens dieser Partei nach außen bedeuten.“<sup>54</sup> Mendes Bemerkung, die Fraktion habe sich schon mehrfach in regulärer Wahl eine neue Führung gegeben,<sup>55</sup> konnte freilich als Hinweis auf die ungefestigte Stellung Dehlers verstanden werden, gerade im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen am 10. Januar 1956. Adenauer scheint das umgehend erkannt zu haben. Demonstrativ wies er jegliche Personalforderungen gegen die FDP von sich und sprach vom ureigensten Reservat einer Koalitionsfraktion, ihren Vorsitzenden selbst zu bestimmen („[Das] geht uns nichts

48 BA, B136 Ton-004743-038, 28:58-29:42 (7.12.1955).

49 Ebd., 38:08-38:23.

50 BA, B136 Ton-004743-039, 01:48-01:51 (7.12.1955).

51 Ebd., 02:12-02:14.

52 Ebd., 02:15-02:23.

53 Vgl. BA, B136 Ton-004743-038, 12:21-12:41 (6.12.1955).

54 BA, B136 Ton-004743-039, 19:17-19:36 (7.12.1955).

55 Vgl. ebd., 20:18-20:57.

an“).<sup>56</sup> Zugleich erhielt er den Druck auf Dehler jedoch unvermindert aufrecht. Schließlich endete das Gespräch sogar im offenen Eklat, als der Kanzler aufstand und den Raum verließ, nicht ohne noch zurückzurufen, vor einer außenpolitischen Aussprache müsse „die Frage geklärt sein, ob wir noch eine Koalition sind oder nicht. Die Frage ist nicht geklärt.“<sup>57</sup>

Sie war auch immer noch nicht geklärt, als die Runde knapp eine Woche später, am 13. Dezember 1955, abermals zusammentrat. Dass von dieser dritten Besprechung kein Wortprotokoll existiert, ist bezeichnend, dokumentiert das Tonband doch eine vollständige und unumkehrbare Eskalation, an deren schriftlicher Übertragung man im Kanzleramt kein Interesse gehabt haben dürfte. Über das Wochenende hatte Dehler verschiedene Reden in Baden-Württemberg gehalten<sup>58</sup> und dabei auch auf die bisherigen Beratungen im Palais Schaumburg Bezug genommen. Die Zeitungsartikel, die zu Wochenbeginn hierüber vorlagen, zeichnen ein zwiespältiges Bild, berichteten einerseits über ein klares Koalitionsbekenntnis,<sup>59</sup> zitierten den FDP-Vorsitzenden aber andererseits mit den Worten, man wolle „der liberalen Partei den Würgegriff anlegen, um den Staat endgültig in eine sozialistische und eine christliche Partei aufzuteilen.“<sup>60</sup> Adenauer nahm die „Würgegriff-Rede“ zum Anlass, sein Eingeständnis hinsichtlich der personellen Garantien wieder zurückzunehmen („Ich bin anderer Meinung geworden“).<sup>61</sup> Somit lag die Forderung, die FDP müsse Dehler opfern, um die Koalition zu retten, offen auf dem Tisch. Als dieser daraufhin die Sitzung abbrechen wollte, hierfür aber bei Mende und Euler keine Unterstützung fand, entzündete sich folgender Wortwechsel:

Dehler: [...] Das ist eine Sache, die wiederum müssen wir ausstehen, daß sich meine Freunde von mir distanzieren. Ich bin froh, wenn ich sage: Ich habe meine Schuldigkeit getan. Soll es ein anderer tun – –

Adenauer: Warum haben Sie dann nicht schon lange niedergelegt?

Dehler: Das tue ich, wann ich will, Herr Bundeskanzler!

Adenauer: Ja, wenn Sie froh sind – –

Dehler: Bestimmt nicht, wann Sie wollen! Aus Verantwortung bin ich hier und sitze auch Ihnen gegenüber, nicht aus Lust, das sage ich Ihnen wahrlich! Großartig!<sup>62</sup>

56 Ebd., 29:39-29:40.

57 BA, B136 Ton-004743-040, 00:44-00:52 (7.12.1955).

58 Am 9.12.1955 in Karlsruhe, am 10.12.1955 in Heidenheim und am 11.12.1955 in Leonberg. Eine Mitschrift der Leonberger Rede findet sich in AdL, NL Dehler, N1-2681.

59 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12.12.1955: „Dehler: Wir bleiben in der Koalition“.

60 Die Welt vom 12.12.1955: „Dehler für Ausschluß Schwennickes. Gegenangriff im Kampf um die Führung der Freien Demokraten“. Der Artikel ist überliefert in StBKAH 12.34.

61 BA, B136 Ton-004743-040, 59:36-59:38 (13.12.1955).

62 Ebd., 01:00:28-01:00:49.

Scheinbar fühlte sich Adenauer nun sicher genug, um vollends aus der Deckung zu treten. Überdeckt durch seinen Konflikt mit Dehler und den Richtungsstreit in der Außen- und Deutschlandpolitik, war nämlich der eigentliche Sprengstoff für die Koalition, die Frage der Wahlrechtsreform, bisher nur am Rande behandelt worden. Zwar hatte Erich Mende deutliche Warnungen in dieser Richtung ausgesprochen,<sup>63</sup> und der Kanzler wird sich auch bewusst gewesen sein, dass nicht wenige Stimmen in der FDP ihm die Absicht unterstellten, den parteipolitisch organisierten Liberalismus gänzlich zu zerschlagen. Möglicherweise hatte er aus der Besprechung vom 13. Dezember jedoch schlichtweg den Eindruck gewonnen, dies sei der richtige Zeitpunkt, den Druck auf die innerlich zerrissene Dehler-FDP weiter zu erhöhen. So wird auch besser verständlich, warum die CDU am Tag darauf im Wahlrechtssonderausschuss des Deutschen Bundestages ihren Entwurf für das „Grabenwahlssystem“ einbrachte. Nur allzu rasch musste Adenauer erkennen, welch „kapitale[r] Fehler“ mit dem „Vorzeigen dieses Folterinstruments“<sup>64</sup> begangen worden war. Seine hektischen Versuche, die Wahlrechtsfrage von den übrigen Problemfeldern der Koalition abzukoppeln,<sup>65</sup> schlugen fehl. Im Angesicht der Existenzbedrohung wurde Dehler noch einmal gerettet. Bei der Vorstandswahl am 10. Januar 1956 konnte er sich mit 27 zu 22 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten durchsetzen, den Unternehmer und liberalen Wirtschaftspolitiker Hans Wellhausen.<sup>66</sup> So bedurfte es schließlich eines Anstoßes über die Bande der Landespolitik, nämlich die Düsseldorfer „Jungtürkenrevolution“ vom Februar 1956, um die Bonner Regierungskoalition endgültig zu spalten.

### III

Die Überlieferungsgeschichte der Sitzungsprotokolle ist politisch nicht minder aufschlussreich wie der dramatische Ablauf der Gespräche selbst. Bereits am 15. Dezember 1955 meldete Dehler Anspruch auf eine Kopie der Tonbänder und ein Exemplar des Schriftprotokolls an,<sup>67</sup> was Adenauer unter anderem mit dem Hinweis verweigerte, dass „Protokoll und Tonband zur Dokumentation, nicht aber zur Veröffentlichung bestimmt sind.“<sup>68</sup> Selbst die

63 Vgl. BA, B136 Ton-004743-038, 09:17-10:06 (6.12.1955).

64 Schwarz, Adenauer (wie Anm. 3), S. 257 f.

65 Vgl. das Schreiben Adenauers an die FDP-Bundestagsfraktion vom 10.1.1956, in: Briefe 1955-1957 (wie Anm. 19), Nr. 89, S. 122 f.

66 Vgl. das Kurzprotokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion vom 10.1.1956, AdL, NL Mischnick, A40-730.

67 Vgl. das Schreiben Dehlers an Adenauer vom 15.12.1955, ACDP, NL Globke, 01-070-016/2.

68 Vgl. das Schreiben Adenauers an Dehler vom 23.12.1955, ebd.

Beharrlichkeit Dehlers, der auch vor einem Rechtsstreit nicht zurückschreckte,<sup>69</sup> führte nicht zum Erfolg. Erst nach seiner Aussöhnung mit Adenauer Mitte der 60er Jahre<sup>70</sup> wurde die Angelegenheit beigelegt.

Durchschläge der Wortprotokolle der ersten beiden Sitzungen vom 6. und 7. Dezember 1955 sind im Nachlass Hans Globkes abgeheftet worden,<sup>71</sup> wo sie die Forschung schon Anfang der 1990er Jahre vereinzelt rezipieren konnte.<sup>72</sup> Zugleich aber blieben ihre Originalausfertigungen und vor allem auch die Tonbänder selbst unter Verschluss. Erst durch die Herabstufung des Materials im Jahr 2011 ist es möglich geworden, alle drei Koalitionsbesprechungen für eine wissenschaftlich fundierte Publikation aufzubereiten. Den Editions-kriterien der „Rhöndorfer Ausgabe“ folgend, werden die Gespräche ungekürzt veröffentlicht und in der Tiefe kommentiert. Da sich Teile des „FDP-Dossiers“ in Adenauers Nachlass erhalten haben,<sup>73</sup> lassen sich die Zeitungsartikel, Agenturmeldungen und Vermerke, die er in den Sitzungen verlas, größtenteils wörtlich nachweisen und als Zitat kennzeichnen. Zumindest von Adenauers Seite können die Besprechungen somit im Lichte des Materials gelesen werden, das ihnen zugrunde lag.

Für die „Rhöndorfer Ausgabe“ wurden alle drei Koalitionsrunden direkt vom Tonband erfasst. Zwar sind die Schriftprotokolle der beiden Sitzungen vom 6. und 7. Dezember weitgehend wortgetreu angelegt worden und weisen auch keine signifikanten Lücken<sup>74</sup> oder inhaltlichen Verzerrungen auf. Gleichwohl enthalten sie stilistische Glättungen und Anpassungen, die ihrer seinerzeitigen Benutzbarkeit sicherlich sachdienlich waren, aus editionsspezifischer Perspektive aber bedenklich sind, weil sie die Erregungskurve der Gespräche an manchen Stellen doch merklich abflachen. Wer der Auffassung ist, dass die Bänder möglichst wortgetreu erfasst werden sollten, muss allerdings Kompromisse eingehen – würde man jede Stockung, jede sprachliche Unebenheit und jeden grammatikalischen Fehler einzeln erfassen, die auf den Bändern zu hören sind, wäre die Lesbarkeit des Textes nicht mehr gewährleistet. Die Bearbeitung trägt diesem Problem Rechnung, indem sie offensichtliche Fehler stillschweigend korrigiert, zugleich aber um die

69 Vgl. hierzu die Dokumente in BA, B136/4743.

70 Vgl. die Aufzeichnung Otto Schumacher-Hellmolds über das Gespräch Adenauers mit Dehler am 28.1.1966, in: Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Die letzten Lebensjahre 1963-1967. Bd. 1: 1963-1965. Paderborn 2009, Nr. 192, S. 369-375.

71 Vgl. Anm. 33.

72 Vgl. Schwarz, Adenauer (wie Anm. 3), S. 255 f.

73 Vgl. StBKAH 12.32-12.35.

74 Diese Aussage bezieht sich auf bewusste inhaltliche Auslassungen. Insgesamt sind den Protokollanten immer wieder Satzteile oder auch ganze Passagen entgangen, die dementsprechend nicht im Wortprotokoll zu finden sind. Die für die Edition erstellten Tonbandtexte sind demnach um einiges umfangreicher als die zeitgenössisch angefertigten Schriftfassungen der Sitzungen vom 6. und 7.12.1955.

Rekonstruktion des gesprochenen Wortes – sozusagen in seiner ungeschliffenen Form – bemüht ist. Sie möchte die häufigen Unterbrechungen ebenso veranschaulichen wie das bisweilen greifbare Ringen um die richtige Formulierung. Die exzellente Qualität der Aufnahmen, die nur durch Hintergrundgeräusche (Husten, Flüstern, etc.) sowie das häufige Durcheinanderreden beeinträchtigt wird, kommt diesem editorischen Ansatz entgegen. So gewinnen auch kleine Details, beispielsweise Versprecher, die in den Schriftprotokollen nicht auftauchen, eine aufschlussreiche Bedeutung:

Adenauer: Sie werfen etwas völlig durcheinander. Und ich weiß nicht, ob Sie das absichtlich oder unabsichtlich tun.

Dehler: Ich tue nichts absichtlich (lacht). Entschuldigung, ich – – ich werfe nichts absichtlich durcheinander.<sup>75</sup>

Hier musste Dehler sogar kurz über sich selbst lachen. Dieser „Gefühlsausbruch“ wird ebenso vermerkt wie auch die vielfältigen Geräuscheindrücke insgesamt nicht unberücksichtigt bleiben (etwa die obligatorische „Unruhe“ unter den Teilnehmern oder das – bei Adenauer immer wieder hörbare – Tischklopfen). Allerdings verleiht die Wiedergabe der Nebengeräusche dem Text auch eine gewisse atmosphärische Note und gibt somit schon eine Art von Interpretation vor, die nicht unproblematisch erscheint. Ihre Kenntlichmachung erfolgt daher nur, wenn sie deutlich über das akustische „Grundrauschen“ der Bänder hinausgeht. Gleiches gilt für die Interpunktion, vor allem die Verwendung der Ausrufezeichen, durch die der Lautstärkepegel – und damit die Erregung – mancher Wortbeiträge hervorgehoben werden kann.

Selbst der faszinierenden Unmittelbarkeit der Audio-Quellen sind jedoch Grenzen gesetzt. Wie der Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez einmal über seine journalistische Arbeit in den 50er Jahren bemerkt hat, sind Tonbandaufnahmen zwar als „Gedächtnisstütze nützlich, doch sollte man nie das Gesicht des Befragten außer Acht lassen, das sehr viel mehr als seine Stimme verraten kann und manchmal auch das Gegenteil.“<sup>76</sup> Da sich Körpersprache und Mimik der Gesprächsteilnehmer tatsächlich nur erahnen lassen, gibt es Stellen, deren Deutung bis zu einem gewissen Grade offenbleiben muss. Ein Beispiel hierfür ist die – später so strittige – Klärung der Regularien am Beginn der ersten Sitzung vom 6. Dezember:

Adenauer: Darf ich mir erst die Frage erlauben, ob Sie mit diesen Vorbereitungen – also Stenogramm, eventuell Bandaufnahme – einverstanden sind. Ja, sollen wir eine Bandaufnahme dabei – –

Dehler: Nein, bitte.

75 BA, B136 Ton-004743-037, 28:37-28:49 (6.12.1955).

76 Gabriel García Márquez: *Leben, um davon zu erzählen*. Köln 2002, S. 589 f.

Adenauer: Ja, meine Herren, wir wollen die Sache – – ich nehme die Sache außerordentlich ernst.<sup>77</sup>

Die Passage liest sich so, als ob Dehler einen klaren Widerspruch artikuliert hätte, der von Adenauer schlichtweg übergangen worden wäre. Auch im Schriftprotokoll heißt es an dieser Stelle: „Dr. Dehler widerspricht.“<sup>78</sup> Auf der Aufnahme hört man allerdings nur einen kaum vernehmbaren Zwischenruf, der ebenso gut als allenfalls müder Protest, vielleicht sogar als resignierende Zustimmung gedeutet werden kann. Erich Mende jedenfalls hielt in seinen Erinnerungen fest: „Zur allgemeinen Überraschung erbat Adenauer die Zustimmung, die Verhandlungen [...] auch durch Tonbänder festzuhalten. Die Mikrophone waren am langen Tisch bereits installiert. Niemand widersprach – ein großer Fehler, wie sich später herausstellte.“<sup>79</sup>

Welche Nuancen auch immer im Einzelnen noch interpretationsbedürftig bleiben mögen: Die Überlieferung der Tonbänder ist unzweifelhaft ein großer Gewinn für die Zeitgeschichtsforschung, weil sie einen einmaligen Einblick in Inhalte und Techniken der Koalitionspolitik auf dem Höhepunkt der Adenauerschen Kanzlerdemokratie ermöglicht.

77 BA, B136 Ton-004743-035, 00:50-01:13 (6.12.1955).

78 BA, B136/50413, S. 1.

79 Erich Mende: Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945-1961. Bergisch Gladbach 1986, S. 487.



## Die politische Biographie Manfred Gerlachs – Ansätze, Probleme und Potential der Funktionärs- Biographie im SED-Staat

"Offiziell war er in der DDR das, was man ein hohes Tier nannte".<sup>1</sup> So beginnt der Nachruf des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL auf den langjährigen LDPD-Vorsitzenden und letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR, Manfred Gerlach, und erzeugt damit beim Leser die Assoziation eines einflussreichen Politikers. Doch schon der Nachsatz scheint zu widersprechen: Der "Chef eines Abnickervereins" sei Manfred Gerlach gewesen. Andere Nachrufe lesen sich ähnlich, wenn man die urteilsfärbende politische Nähe bzw. Ferne des jeweiligen Autors zu Manfred Gerlach abzieht, und gemeinsam ist ihnen allen, dass der vermeintliche Widerspruch durch eine Periodisierung des Lebenslaufes aufgelöst wird. So lautet der vom SPIEGEL veröffentlichte Konsens schließlich: Nach Jahren der Anpassung habe es Manfred Gerlach doch noch "gedämmt", dass die Alleinherrschaft der SED "nicht die beste Staatsform" gewesen wäre, und so habe er schließlich für Reformen geworben. Allein also der Wandel der inneren Einstellung Manfred Gerlachs im Zusammenspiel mit dessen "einflussreicher" Position bewirkte demnach das Auftreten des ehemals loyalen Funktionärs als engagierter Reformler. Und kein Hinweis auf die Komplexität der Herrschaftsstrukturen des SED-Staates, keine Frage nach Brüchen oder Widersprüchlichkeiten im Lebenslauf trüben die Eingängigkeit des Narrativs.

Anscheinend lässt die Einschätzung seines politischen Werkes bis heute Schwierigkeiten und Zwiespältigkeit einer Bewertung erkennen, will sie sich nicht in Reduktionen und Parteilichkeit erschöpfen. Und das ist nicht von der Warte des Wissenschaftlers aus gesprochen, denn auch die öffentliche Debatte war hierin schon einmal weiter. Auf dem Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung kurz nach der Wende bemühte man unter anderem das Bild des verantwortungsbewusst "gratwandelnden Demokraten" zwischen Anpassung und Widerspruch,<sup>2</sup> und suchte somit das Verhalten mit Systemzwang zu begründen oder vielmehr zu entschuldigen. Andere hingegen

1 Nachruf auf Manfred Gerlach, In: DER SPIEGEL, 43/2011. Hiernach auch die folgenden Zitate.

2 Rainer Ortleb: Rede auf dem LDP(D) Parteitag 1990. Zit. in: Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin 1991, S. 435 f.